

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
liebe Freudenberger, verehrte Vertreter der Presse,

kennen Sie den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“? Im Leben der Hauptfigur wiederholt sich ein und derselbe Tag immer und immer wieder. Der Titel hat sich zu einem geflügelten Wort entwickelt. Viele Entwicklungen der letzten Jahre wiederholen sich, sind unverändert und bereiten Sorgen.

Es geht um weltpolitische Ereignisse, deren Einflüsse bis hinunter in unsere Kommunen wirken.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hält weiter an, ebenso die Debatte, in welcher Weise unser Land den Ukraine-Freiheitskampf gegen den russischen Diktator unterstützt.

Der Terror der Hamas und der Hisbollah gegen Israel geht ungehemmt weiter, auch wenn sich zuletzt im Libanon ein Kompromiss abzeichnet. Wir erleben einen anhaltenden Auftrieb von Antisemitismus, leider auch in unserem Kreis öffentlich dargeboten, der unverantwortlich ist.

Auch die Formel, dass wir uns so dringlich Frieden wünschen, wiederholt sich. Bestehen bleibt für uns alle die Forderung, uns für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit einzusetzen.

Wir erleben derzeit, auch das hat sich nicht verändert, viele Herausforderungen gleichzeitig und in einem bislang unbekanntem Ausmaß und Problemtiefe.

Unverändert gilt auch hier: Es gibt leider keine einfachen Antworten.

Das bedeutet dann in der Konsequenz, dass die demokratischen Kräfte auch tatsächlich zu allen Kraftanstrengungen bereit sein müssen, notwendige Entscheidungen zu treffen und in ihrem Handeln dafür sorgen, dass radikale Ränder nicht gestärkt werden.

Es bedarf viel Gemeinsinn. Aber Demokratie verlangt ebenso, offen und engagiert über beste Lösungen zu diskutieren.

Etwas ist in diesem Jahr nicht dem Murmeltier-Effekt unterworfen: Dramatisch hat sich aktuell die wirtschaftliche Lage in unserem Land verändert. Die Auswirkungen spüren wir in unserem Kreis, in unserer Stadt. Ein Stichwort lautet „Thyssen-Krupp“, andere Stichworte sind die konkreten Probleme zahlreicher Unternehmen, die auch bei uns unter Kostensteigerungen, Energiepreisen, Inflation und wegbrechenden Märkten leiden.

Investitionen unterbleiben, weil Zukunft ungewiss ist, Menschen im Unklaren sind, was wirklich Gültigkeit haben wird.

Nicht nur das, wir müssen auch an die Sorgen der Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und der betroffenen Menschen denken, die noch nicht gelöst sind.

Sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

Was hat das alles nun mit uns hier in Freudenberg zu tun?

Auch in Freudenberg tragen wir Lasten der Kriegsfolgen. Sei es Verteuerung von Lebensmitteln oder Energie, sei es die Unterbringung von Geflüchteten, die wir zu spüren bekommen. Damit müssen wir

umgehen, aber auch all den Aktiven danken, die die ankommenden Menschen unpräzise betreuen, die sich kümmern. Ich finde, das zeichnet Freudenberg aus!

Meine Damen und Herren,

aber nicht alles läuft so, dass es hier lobend erwähnt werden könnte.

Zu unseren großen kommunalen Aufgaben gehört die Klimafolgenbewältigung. Und hier kann nicht auf Zeit gespielt werden.

Während in den letzten beiden Jahren die CDU-Anträge zur Aufnahme von Haushaltspositionen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden mit den Stimmen der SPD, denen der Grünen und der Bürgermeisterin abgelehnt wurden, werden die jetzt deutlich verspäteten Investitionen auf Schulen und öffentlichen Gebäuden als „große Leistung“ verkauft.

Hätte man schneller gehandelt, hätten diese Anlagen schon längst zur Kostensenkung im Energiehaushalt der Stadt beitragen können.

Das war offensichtlich nicht gewollt, von der Mehrheit, von der Bürgermeisterin.

Es geht darum, zur richtigen Zeit zu handeln und nicht darum, Versäumnisse in Kauf zu nehmen, um womöglich erst vor einer bevorstehenden Kommunalwahl die Scheinwerfer auf sich zu lenken.

Schade um diese verpasste Chance, die sie zu verantworten haben.

Apropos Energiekosten. Bereits im letzten Jahr wurden Ideen zur Gründung einer Energiegesellschaft besprochen und verschiedene Konzepte anderer Kommunen wurden vorgestellt. Aus der Presse konnte man entnehmen, dass in anderen Städten und Gemeinden solche Projekte erfolgreich an den Start gehen. Hier hätten wir um der Sache willen gerne mehr gehört. Warum ist das so?

Hier kommt wieder das „Murmeltier“ ins Spiel: Auch hier wiederholt sich die Untätigkeit der Verwaltungsspitze des vergangenen Jahres! Offenbar tut sich die Verwaltungsleitung schwer damit, diese wichtige Aufgabe wahrzunehmen, zumal sich der Rat einmütig für diesen Weg ausgesprochen hat. Was sind die Gründe für dieses Verzögern?

Ggf. ist die Ursache ja darin zu suchen, dass schlicht der Überblick fehlt, was wann wie zu tun ist. Dies wäre möglicherweise unter anderem die Aufgabe eines Baudezernenten. Wir erinnern uns. Die Besetzung dieser Funktion wurde vor 2 Jahren von der Verwaltungsleitung als überflüssig angesehen und gegen die Stimmen der CDU nicht erneut besetzt. Die SPD Fraktion sprang dem Ansinnen der Bürgermeisterin seinerzeit willfährig mit den Worten „Wir brauchen jetzt einfach eher jemanden, der arbeitet“ bei. Nun, wir sehen nicht nur an dieser Stelle, welchen Effekt das hat!

Offenbar ist die Bürgermeisterin und mit ihr die SPD Fraktion jedoch zwischenzeitlich zur Besinnung gekommen, denn - oh Wunder- die Stelle des Baudezernenten wurde in diesem Jahr wieder ausgeschrieben und es gibt sogar Bewerber. Aus Sicht der CDU bleibt hier die bittere Erkenntnis, dass zumindest späte Einsicht erfolgt ist. Aber wenn tatsächlich ein Fortschritt erzielt werden soll, müssen bei einem Bewerber/einer Bewerberin auch die fachlichen Voraussetzungen für den Bereich der Stadtentwicklung vorhanden sein. Auf diese Fachlichkeit wird bei der Bewerberauswahl verstärkt zu achten sein.

Meine Dame und Herren,

ein weiteres gutes Beispiel, wo die steuernde und lenkende Funktion eines Baudezernenten gefragt gewesen wäre, ist das Projekt „Autoarmer Alter Flecken“. Eine gute Idee, die aus der Bürgerschaft kam, z. B. in der Frage, wie der Durchgangsverkehr durch die Altstadt verringert oder abgestellt werden kann, droht, durch mangelnden Kontakt der Verwaltung zu den Betroffenen, Schaden zu nehmen. So jedenfalls sind die Stimmen, die uns aus der Kernstadt erreichen. Mitnichten fühlen sich alle durch Stammtischformate oder Umfragen abgeholt. Ganz davon zu schweigen, dass es offenbar immer noch nicht gelungen ist, alle Haushalte im Alten Flecken jeweils zu erreichen und somit einzubeziehen. Das sollte uns alarmieren, denn der Schutz dieses einmaligen Fachwerkensembles kann nur mit den dort lebenden und arbeitenden Menschen gelingen.

Es geht nicht an, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesem Bereich den Eindruck haben, ihre Argumente zählten nicht. Wie konnte ein solches Kommunikations-Desaster entstehen?

Ein weiteres Desaster ist der Umstand, dass der Rat einen Beschluss zum Thema fällt, wie im April geschehen, und einige Monate später durch eine Mitteilungsvorlage der Verwaltung lediglich davon in Kenntnis gesetzt wird, dass die geplante Verkehrsführung so nicht genehmigt werden kann. Dieses Vorgehen, insbesondere bei der sensiblen Frage nach der zukünftigen Verkehrsführung in Markt-, Mittel- und Unterstraße ist völlig unprofessionell. Das führt zur Verwirrung und Misstrauen bei den betroffenen Bewohnern und all denen, die sich in vielen Gesprächen um eine gemeinsam tragbare Lösung bemüht haben.

Das ist zudem auch ein massiver Affront gegen den Rat als solchen.

Warum wurde dieser Beschluss so vorbereitet, wenn doch eine solche Verkehrsführung offenbar nicht genehmigungsfähig ist? Welche Recherchen wurden vor dieser Beschlussfassung seitens der Verwaltung versäumt, um diesen Widerspruch zu vermeiden? Als Mitglied dieses Rates sehe ich mich getäuscht, wenn ein Beschluss unter falschen Voraussetzungen und in dem Vertrauen auf eine korrekte Aufarbeitung des Sachverhalts gefasst wurde.

Wieso wird hier ein Ratsbeschluss einfach übergangen? Wie wollen Sie das den Betroffenen erklären?

Hinzu kommt eine abenteuerliche Begründung zur zukünftigen Verkehrsführung in der unteren Oranienstraße hin zur Kurpark-Palette. Darüber muss dringend geredet werden!

Viele Menschen fragen sich inzwischen: Ist unsere Verwaltung überfordert? Auch hier macht sich nach Auffassung der CDU-Fraktion schmerzlich bemerkbar, dass ein Baudezernent fehlt, der diese Fragen nicht nur nebenbei unter „ferner liefern...“ behandelt, sondern sich kompetent und in der Hauptsache mit diesen städteplanerischen Fragestellungen befassen kann.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Auch ein anderes Thema bewegt derzeit die Gemüter: Die Umsetzung der Grundsteuerreform. Da die Grundsteuerbeiträge einen nicht unerheblichen Anteil im Haushalt der Stadt Freudenberg ausmachen, scheint es angebracht, heute auch darüber zu sprechen, zumal eine diesbzgl. Beschlussfassung heute auf der Tagesordnung dieses Rates steht. Nach der zunächst fehlerhaften

Berichterstattung der Siegener Zeitung zum Thema erfolgte bereits am nächsten Tag eine Richtigstellung des Sachverhalts von Seiten der Redaktion.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, eigentlich wäre es Ihre Aufgabe gewesen, diese Klarstellungen zeitnah den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zu vermitteln. Dies ist leider erst gestern, also nach einer Woche geschehen. Das ist sehr bedauerlich.

Ergänzend sei hierzu noch angemerkt, dass die Grundsteuerreform das Ergebnis einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist. Nach diesem Urteil ist für 2025 eine neue Lösung anzuwenden. Die neue Form hat im Übrigen der seinerzeitige Bundesfinanzminister Olaf Scholz auf den Weg gebracht. Es ist ein Gesetz, das umzusetzen ist. Es ist keine Idee irgendeiner Stadtverwaltung, um Mitbürger zu ärgern oder auf merkwürdige Weise den eigenen Haushalt zu sanieren!

Die CDU hält die verspätete Klarstellung der Bürgermeisterin über die Siegener Zeitung für ein Versäumnis, das nicht gerade von großer Bürgernähe zeugt. Eine frühere Reaktion, z. B. über die eigene Homepage der Stadtverwaltung, hätte einer tendenziösen Stimmungsmache durch Scharfmacher auch auf der lokalen Ebene den Nährboden zu entziehen vermocht.

Meine Damen und Herren,

wie es schon gute und richtige Tradition ist, soll auch an dieser Stelle der Dank an die Männer und Frauen, Kinder und Jugendlichen in unseren Feuerwehren stehen! DANKESCHÖN!

Es ist eben nicht nur „guter Brauch“ zu danken, sondern das hat handfeste Gründe.

Die Bürger dieser Stadt können sich jederzeit auf die Kameradinnen und Kameraden der Wehren verlassen. Das beruhigt und ist Ausdruck größten Vertrauens in die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Mitglieder der Löschzüge dieser Stadt.

Damit diese Hilfs- und Rettungsmöglichkeiten auch zukünftig zur Verfügung stehen, sieht der Haushalt 2025 massive Investitionen in Um- und Neubauten von Feuerwehrgerätehäusern (Oberholzklau, Oberfischbach, Alchen, Lindenberg), sowie in die Erneuerung und Erweiterung des Fahrzeugparks vor.

Die dafür benötigten Mittel sind in den Haushalt für 2025 eingestellt und finden uneingeschränkt die Zustimmung ausdrücklich aller Fraktionen!

Die CDU verbindet damit die Hoffnung, dass die genannten Maßnahmen auch zur Umsetzung kommen, und nicht nur wahlkampfwirksames Getöse sind. Gerade in diesem Punkt hat parteipolitisches Geplänkel keinen Raum!

Wir haben insgesamt unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu danken, die sich in so vielfältiger Weise ehrenamtlich einsetzen und sich unsere Stadt, unsere Orte und die Anliegen der Menschen zu ihrem Ding machen. Das macht unsere Stadt vielfältig, liebenswert und interessant.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich komme zum Schluss meiner Ausführungen.

Ein letztes Mal möchte ich den „Murmeltiertag“ bemühen. Wie schon im letzten Jahr, umschrieb die Verwaltungsleitung auch den Haushaltsentwurf für 2025 sinngemäß als „auf Kante genäht“. Vergewenwärtigen wir uns, dass viele Ausgabenplanungen dieses Entwurfs sogenannte freiwillige Leistungen betreffen. Leistungen, die kein Gesetzgeber vorschreibt, sondern die eine Kommune aus eigenen Mitteln für ihre Bürger erbringt.

In 2025 sind das in großen Teilen die Fortführung der Freibadsanierung, die Errichtung der Quartiersgarage auf dem Marktplatz, oder auch die Unterstützung der freiwilligen Feuerwehr wie oben ausgeführt, um nur einige markante Posten zu benennen. All dem stimmt die CDU ausdrücklich zu. Wir müssen uns jedoch im Klaren darüber sein, dass diese Ausgabenpolitik aktuell nur möglich ist, weil der Haushalt zum wiederholten Male durch den Rückgriff in die Ausgleichsrücklage fiktiv ausgeglichen dargestellt werden kann. Diese Ausgleichsrücklage ist nun nahezu aufgebraucht!

Zukünftig wird man sich fragen müssen, wie man diese Ausgaben erwirtschaften will. Analog zum genannten Film müssen wir bestimmte Dinge ändern, um aus dieser Wiederholungsschleife herauszukommen.

Der Stadt steht als größter Einnahmeposten die Gewerbesteuer zur Verfügung. Daher ist der Rückschluss zulässig und notwendig, dass, bevor Ausgaben, die dem Wohl der Bürgerschaft dienen, gekürzt werden, die Einnahmenseite gestärkt werden muss. Insofern wird darauf zu achten sein, dass Handel, Gewerbe und Industrie in Freudenberg eine Zukunft haben, dass Firmenvergrößerungen und -neusiedlungen ermöglicht werden, um die Stadt lebenswert zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die CDU steht für einen konstruktiven Weg für die Zukunft unserer Stadt, für ihre Bürger und Bürgerinnen, für eine hohe Lebens-, Wohn- und Aufenthaltsqualität. Lassen sie uns gemeinsam dafür arbeiten.

Vielen Dank.

Christoph Reifenberger, im Dezember 2024

Es gilt das gesprochene Wort